der Mitteilung, daß Legationsrat Esternaux der Beamte des Auswärtigen Amtes sei, der das Manuskript geprüft und nichts Bedenkliches darin gefunden habe. Es wird hinzugefügt, Herr Esternaux gehöre zu den vielen, die das Manuskript nicht gelesen hätten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Berl. Börsen-Ztg." erinnert daran, daß seinerzeit offiziös erklärt wurde, daß der Kanzler in Nordernen die Geschäfte ebenso präzis erledigen könne, wie in Berlin. Wie wenig zutreffend dieser Einwand war, erweise sich jetzt zur Evidenz. Beim Frühstück oder während einer gemütlichen Strandpromenade lassen sich eben nicht verantwortliche Entschließungen treffen. Sie werden kurzerhand abgemacht oder anderen zugeschoben, und das traurige Resultat einer solchen Geschäftsführung liegt jetzt vor uns. Grobe Fahrlässigkeit auf der einen, ein fast unglaublicher Mangel an Verständnis auf der anderen Seite. Eine so laxe Amtsführung kann keine Erfolge bringen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zur jetzigen Krisis schreibt die „Deutsche Tageszta.": In einem Teil der Presse wird mehr oder minder deutlich angedeutet, daß die amtliche Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg." nicht den Tatsachen entspreche, sondern daß der Reichskanzler nur die Verantwortung übernommen habe, um gewissermaßen den Kaiser zu decken. Wir halten diese Vermutung für unrichtig und vielmehr davon überzeugt, daß die Erklärung, die in der „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlicht worden ist, den Sachverhalt richtig und wahrheitsgemäß schildert. Es würde unseres Erachtens etwas zu kühn sein, in einem solchen Falle zu vertuschen, und dann würde die Angelegenheit sich noch viel schlimmer gestalten, als sie jetzt ist. Unwahrhaftigkeit wäre in einem derartigen Falle nicht nur sittlich bedenklich, sondern auch im höchsten Grade unklug. Eine solche Unklugheit trauen wir den beteiligten Personen nicht zu. Viele Blätter sind der Meinung, daß Fürst Bülow auf seinem Gesuche, von seinem Amte entbunden zu werden, bestehen müsse. Diese Forderung würde begründet und berechtigt sein, wenn man erwarten dürfte, daß durch den Rücktritt des jetzigen Kanzlers die Sachlage gebessert würde. Diese Erwartung hegen wir nicht. Wir würden vielmehr befürchten, daß der Rücktritt des Fürsten Bülow jetzt zur Entwirrung und Besserung der Sachlage nicht das mindeste beitragen, sondern sie erheblich verschlimmern und noch mehr verwirren würde. Auch der „Voss. Ztg." erscheint die Ansicht, die Dinge hätten sich nicht so abgespielt, wie in der „Nordd. Allg. Ztg." erzählt wurde, diese Erzählung sei vielmehr nur zu dem Zwecke erfunden worden, um den Kaiser gegen Angriffe zu schützen, haltlos. Wenn man eine Fabel in die Welt schicken wollte, hätte man sie gewählter und schonender erfinden, als hier geschehen. Gegen solche Angriffe wird der Kaiser geschützt? Nur dagegen, daß er persönlich in die auswärtige Politik eingegriffen habe, ohne sich des Einverständnisses mit dem Fürsten Bülow vergewissert zu haben. Diese Behauptung ist allerdings unzutreffend, aber zu ihrer Widerlegung hatte die einfache amtliche Erklärung genügt: Es ist nicht wahr, daß der Artikel des „Daily Telegraph" ohne Vorwissen des Reichskanzlers veröffentlicht worden ist, Fürst Bülow hat vielmehr rechtzeitig Gelegenheit erhalten, sich über den Artikel zu äußern und hat gegen die Veröffentlichung keinen Einspruch erhoben." Das hätte ausgereicht. Wenn darüber hinaus die geschäftliche Behandlung des Artikels die schweren Fehler, die dabei gemacht wurden, die Mängel der Organisation aufgedeckt werden, so sind das Dinge, die ein Staatsmann schon deshalb nicht erfinden wird, weil er sich selbst und seine Beamten belastet, ohne der Wirkung des Kaiser-Artikels Abbruch zu tun. Im Gegenteil, der Inhalt des Artikels ist durch die Veröffentlichung der „Nordd. Allg. Ztg." im wesentlichen beglaubigt, als in den tatsächlichen Angaben richtig gekennzeichnet worden. Das Blatt sagt weiter: Es sind Fehler gemacht worden, die schweren Fehler; aber was hat die Veröffentlichung im „Daily Telegraph" schließlich bezweckt: die Brüskierung Englands, einer Macht, gewiß nicht, sondern die Pflege und Verbesserung der Beziehungen zu England. Ob die Tatsachen, die mitgeteilt wurden, besser veröffentlicht oder verschwiegen wurden, sie sind richtig, und für die Stellung des Deutschen Reiches im Staatenreigen sind nicht Artikel und Gegenartikel maßgebend, sondern die offenbare und bewährte Friedensliebe Deutschlands und seines Kaisers, der Wunsch, mit allen Völkern gutes Einvernehmen zu unterhalten, die Sicherheit und Festigkeit seiner Bündnisse und das begründete Vertrauen auf die eigene Kraft. Eine solche zuversichtliche Sprache ist dem Hohn des Auslandes gegenüber vonnöten. Ueber die Vorgänge der jüngsten Tage hat sich die deutsche Nation mit ihren Machthabern auseinander zu setzen, offen, gründlich und rücksichtslos. Im Ausland wird man aber gut tun, zu bedenken, daß der Artikel des „Daily Telegraph" hier zu Lande hauptsächlich deshalb angefochten wurde, weil darin eine Umwerbung Englands gesehen wurde, eine Umwerbung, die von böswilligen Gegnern als Zeichen der Schwäche gedeutet werden könnte, und Deutschland in keiner Weise nötig hat, seine Freundschaft irgendeinem aufzudrängen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Kreuz-Ztg." schreibt: Ob der Reichskanzler selbst das auf dünnem überseeischen Papier schlecht geschriebene Manuskript hätte durchlesen sollen, ob der Geheime Legationsrat X oder der Legationsrat Y den Fehler begangen hat, interessiert nicht im mindesten, verlangt müsse werden, daß der Dienst bei den obersten Reichsbehörden und namentlich bei dem so wichtigen Auswärtigen Amt tadellos funktioniere. Das Wie in Sache des Reichskanzlers, der seine Verantwortlichkeit auch anerkannt hat. Die „Kreuz-Ztg." findet die schweren Bedenken gegen die Veröffentlichung des „Daily Telegraph" hauptsächlich in zwei Punkten. Es muß nicht nur im Ausland sehr schmerzlich berühren, wenn bekannt wird, daß der Monarch, wenn auch im vertrauten Privatgespräche seine persönliche politische Stellung England gegenüber als im Gegensatz zu der weite Volkskreise, vielleicht der Mehrheit des deutschen Volkes, beherrschenden Stimmung bezeichnet. Es kann das auch nach außen hin für die Bewertung der inneren Stärke und der Geschlossenheit der deutschen Politik keineswegs gleichgültig sein. Als zweiten Punkt, weshalb es die Veröffentlichung bedauert, führt das Blatt an: Wenngleich sie von englischer Seite erfolgt und ohne Zweifel gut gemeint ist, muß sie doch den ungewünschten Eindruck hervorrufen, als ob deutscherseits ein unausgesetztes Werben um die englische Freundschaft stattfände. Ein solcher Anschein muß aber vermieden werden. Das erfordert schon das deutsche Selbstgefühl. Deutschland kann in seiner festen Rüstung dem mit Ruhe entgegensehen.

Die ausländische Presse.

Rom. (Priv.-Tel.) Die Mailänder „Perseveranza" sagt zu den Veröffentlichungen des „Daily Telegraph": Wer ohne Vorurteil und Leidenschaft die von dem Londoner Blatt gemachte Unterhaltung liest, wird nichts finden, was den großen Lärm oder die feindliche Kritik rechtfertigen, die sich darum erhoben haben. Er findet dagegen den Beweis von einer Rechtlichkeit der Empfindungen, die das Urteil bestätigen, das sich das unparteiische Publikum über den Kaiser gemacht hat, und das die Geschichte, die höchste Richterin über Menschen und Dinge, bestätigen wird.

Berlin. (Priv.-Tel.) Harold Spencer, der Lloyd George bei seinem jüngsten Besuch begleitete, schreibt in einem Briefe an die „Times", es sei eine überraschende und außerordentliche Tatsache, wie England die deutsche Erregung über die Kaiserworte mit Befriedigung betrachte und die Angriffe auf den Kaiser, der es gewagt, sich vor der Welt zum Freunde Englands zu bekennen, mit Beifall aufnehme. Er frage daher, ob es keinen führenden Engländer gebe, dessen Gehirn und Herz groß genug seien, um das Entgegenkommen des Kaisers zu erwidern, oder ob die Engländer beabsichtigten, dem Kaiser zu beweisen, daß sie wirklich verrückt wären.

Kaiser Wilhelm und die gelbe Gefahr.

Paris. Der „Newyork Herald" meldet aus Tokio: Die Aeußerungen Kaiser Wilhelms von der gelben Gefahr haben in den hiesigen deutschen Geschäftskreisen und auch in der offiziellen deutschen Welt großes Unbehagen hervorgerufen. Man hat die Empfindung, daß die eifrigen Bemühungen, welche seit zehn Jahren geführt wurden, um die deutschen Interessen in Japan zu fördern, durch die Aeußerungen Kaiser Wilhelms vereitelt worden sind. Die japanische Presse kritisiert in sehr heftigen Angriffen die Auslassungen Kaiser Wilhelms von der gelben Gefahr und betreffs eines eventuellen Konflikts im Stillen Ozean. Die halboffiziöse „Japan Times" schreiben: „Die Erklärung des Kaisers von der Notwendigkeit der Verstärkung der deutschen Flotte in Erwartung ihrer einstigen Verwertung in den Gewässern des Stillen Ozeans ist eine Warnung, welche Japan sich zu Herzen nehmen sollte."

Eine französische Note.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der französische Botschafter in Berlin, Jules Cambon, erklärte einem Mitarbeiter der „B. Ztg.", daß er nicht in der Lage sei, die Nachricht zu dementieren, wonach die französische Regierung im Auswärtigen Amte eine Note über die in dem Kaiser-Interview berührten deutsch-französischen Beziehungen überreicht habe. Er könne allerdings auch nicht direkt sagen, daß diese Nachricht richtig sei. Auf der französischen Botschaft herrscht fieberhafte Tätigkeit. Ein Spezialkurier wird heute abend um ½10 Uhr mit wichtigen Depeschen des Botschafters nach Paris reisen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Aus Kreisen der französischen Botschaft wird dem „B. T." bestätigt, daß der französische Botschafter Cambon am Sonnabend vormittag eine Note im Auswärtigen Amte überreicht habe, die sich mit dem Kaiser-Interview beschäftigte. Auf dem Auswärtigen Amt wurde dagegen erklärt, die Note bezöge sich lediglich auf Marokko.

Anfrage im englischen Unterhause.

London. In der heutigen Sitzung des Unterhauses fragte William Leitmond den Kriegsminister, ob ein Feldzugsplan zur Beendigung des Burenkrieges, den Feldmarschall Roberts tatsächlich beendet habe, seitens des Deutschen Kaisers eingegangen sei, und, wenn dies der Fall sei, ob Kriegsminister Haldane dieses Schriftstück veröffentlichen wolle. Der Kriegsminister des Kriegsministeriums teine erwiderte, daß das Archiv des Kriegsministeriums derartigen Schriftstücke enthielte, auch sei es nicht in den Besitz irgendeiner anderen, mit dem Kriegsministerium zusammenhängenden Stelle gekommen. „Ich wäre daher nicht in der Lage," schloß der Minister, „den Wunsch nach Veröffentlichung des bezüglichen Schriftstückes zu erfüllen." (Gelächter.) Leitmond fragte weiter, ob mit Rücksicht auf das große Interesse, das die Angelegenheit gewonnen habe, Kriegsminister Haldane nachforschen wolle, ob ein solches Schriftstück überhaupt im Lande in irgendeinem anderen Amte vorhanden sei. Haldane antwortete: „Ich habe genug mit der Verantwortlichkeit für das Kriegsministerium, und es kann nicht verlangt werden, daß ich über mein Fach hinausgehe."

Luftschiffahrt.

Friedrichshafen. Das Luftschiff des Grafen Zeppelin ist um 2½ Uhr bei schönem Wetter mit der Herzogin Wera von Württemberg und dem Grafen Zeppelin aufgestiegen und nahm zunächst die Richtung über den Schloßpark nach Friedrichshafen. Nach dreiviertelstündiger prächtiger Fahrt über den Bodensee landete es glatt um 3¾ Uhr. Herzogin Wera wird heute abend wieder nach Stuttgart zurückkehren.

Zur Orientkrise.

Petersburg. Die „Petersb. Telegr.-Ag." meldet: Der Kronprinz von Serbien verläßt heute Petersburg. Sein hiesiger Aufenthalt trug, wie vorausgesehen, keinen offiziellen Charakter. Paschitsch bleibt noch einige Zeit in Petersburg. Der Kronprinz konnte während seines Aufenthaltes in Petersburg die Ansicht erlangen, daß die russischen Regierungskreise Serbien mit voller Sympathie gegenüber stehen und bereit sind, Serbien moralisch Unterstützung zu gewähren, daß dies aber direkt von der Handlungsweise der Serben und davon abhängt, ob sie jeden unvorsichtigen und unüberlegten Schritt unterlassen, der in gewissem Grade den Charakter der Provokation tragen könnte, das wurde hier dem Kronprinzen und Paschitsch und durch den russischen Vertreter in Belgrad klar zum Ausdruck gebracht. Volle Sympathie fanden die Serben auch in den Kreisen der Gesellschaft, die ebenfalls zur Besonnenheit mahnen und die von der Notwendigkeit der Wahrung der Ruhe zu überzeugen bestrebt sind. Diese Stimmung der öffentlichen Meinung fand den besten Ausdruck in dem Antworttelegramm des Dumapräsidenten Guchkow an den Präsidenten der Skupschtina, in dem ausgesprochen wird, daß nur eine friedliche Lösung der Krise die Zukunft des Serbentums dauernd sichert. Die Verhandlungen Isswolskis mit Oesterreich nehmen fortdauernd ihren normalen Gang.

Belgrad. (Priv.-Tel.) Ueberall hört man jetzt von Kriegsvorbereitungen. Die Studenten machen militärische Uebungen unter Leitung der Offiziere, Turnvereine werben Mitglieder an, die im Schießen und Fechten von Offizieren in kürzester Zeit ausgebildet werden sollen. Es bilden sich sogar Frauenlegionen, und diese üben sich besonders im Gebrauch von Gewehr und Degen. Das Freiwilligen-Korps veröffentlicht einen neuen Aufruf zum Beitritt, weist auf das Vorhandensein von 8 Millionen Serben hin und bemerkt, daß schon in einigen Tagen Kriegsgeschrei ertönen wird und alle treuen Serben zur Befreiung von der Tyrannei Oesterreich-Ungarns rufen müsse.

Konstantinopel. Hussein Pascha ist zum Emir von Mekka ernannt worden. Blättermeldungen zufolge ist der Marschall Schewket Pascha, Kommandant der 2. Division, von der ein Teil zur Yildizbesatzung gehört, durch General Tschevat Pascha ersetzt worden. Wie ein offizielles Blatt berichtet, waren an der Meuterei in der Taschkischla-Kaserne nicht ein Kompagnie, sondern ungefähr 70 Sergeanten der beiden dort liegenden Regimenter beteiligt, die ihre Beurlaubung verlangten.

Konstantinopel. Nach der „Yeni Gazetta" hat der türkische Minister des Innern den bulgarischen Delegierten eine Zusammenstellung vorgelegt, der zufolge die Schulden Bulgariens auf 21 Millionen geschätzt werden.

Wien. (Priv.-Tel.) Die „N. Fr. Pr." erfährt, die türkischen Bedingungen seien der bulgarischen Regierung schon vor einigen Tagen auf indirektem Wege mitgeteilt worden. Für die Kapitalisierung des Tributs werden zwei Ziffern angegeben, eine offizielle mit 100 Millionen und eine inoffizielle mit nicht ganz 100 Millionen, einschließlich der Eisenbahn. Bulgarien bietet Ratenzahlungen in Gesamthöhe von 60 Millionen nicht als Tribut, sondern zum Ausgleich der ostrumelischen Schuld. Die Bulgaren stellen ferner Forderungen betreffs Mazedonien, angeblich unpolitischer Natur, sowie bezüglich des Exarchats und anderer lokaler Interessen.

Neues Palais. Der Kaiser empfing gestern vormittag den Staatssekretär Dernburg, mit welchem er nach der Frühstückstafel einen einstündigen Spaziergang unternahm. Zur Frühstückstafel waren geladen Staatssekretär Dernburg, der Generalstabsarzt der Armee Professor Dr. Schjerning, der Generalarzt Dr. v. Ilberg und die Oberin des im nächsten Frühjahr zu eröffnenden Offiziergenesungsheims in Falkenstein i. T.

Neues Palais. Der Kaiser empfing gestern 12¼ Uhr die Präsidien des Herren- und des Abgeordnetenhauses.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der „Reichsanz." veröffentlicht amtlich die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Herzog von Sachsen-Altenburg.

Berlin. (Priv.-Tel.) Wie aus Eutin gemeldet wird, ist die Großherzogin von Oldenburg schwer an einem Gallenleiden erkrankt und wird zur Kur nach Karlsbad gehen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Staatssekretär Sydow hat die Angabe des Präsidenten des Deutschen Handelstages wegen der schlechten Beschaffenheit der 10-Mark-Scheine dahin beantwortet, daß die zu starke Abnützung des Papiers der neuen Reichskassenscheine zu 10 Mark bereits anerkannt worden ist und daß deshalb Versuche mit einem haltbaren Papier angeordnet sind.

Berlin. (Priv.-Tel.) Ueber den Stand der Etatsarbeiten im Reichstage hören wir, daß bisher nur einige kleinere Etats dem Bundesrat zugegangen sind, während alle größeren Etats erst in den nächsten Tagen vom Reichsschatzamt druckfertig eingehen werden. Trotzdem hofft man bestimmt, den Etat in den Tagen zwischen dem 25. und 30. November im Reichstag einbringen zu können. Bei dem engen Zusammenhang, in dem Finanzreform und Etat stehen, ist es dringend erwünscht, die definitiven Etatszahlen bereits bei der Beratung der Finanzreform zugrunde legen zu können. Bei dem dem Reichstag vorzulegenden Entwurf zur Finanzreform ist der Etat, wie er sich am 25. Oktober gestaltete, zugrunde gelegt, mithin noch vor der Durchberatung im Bundesrat. Es ist also bei einer möglichen Aenderung des Etats im Bundesrat auch eine Verschiebung der Grundlagen, auf denen die Vorlage der Finanzreform beruht, möglich.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der Begründung zum Entwurf eines Gesetzes über die Aenderungen im Finanzwesen wird es weiter für notwendig bezeichnet, das Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten, dessen beide Teile unbefriedigende Lösung bisher trotz wiederholter Versuche nicht gelungen ist, auf eine gesunde Basis zu stellen. Nach der vorgeschlagenen Regelung sollen nur noch zwei Verbindungen zwischen den Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten bestehen: einmal die Matrikularbeiträge für die die Einzelstaaten in dem ihnen überwiesenen Reinertrag aus dem Zwischenhandel mit Branntwein Deckung finden, und zweitens eine bezüglich des Höchstbetrages periodische Festsetzung unterworfene Pflicht zur Zahlung von ungedeckten Matrikularbeiträgen, deren Höchstbetrag für das nächste Jahrfünft auf 80 Pfg. für den Kopf der Bevölkerung vorgesehen ist.

Berlin. Zu der Berliner Depesche in Nr. 295 über den Jugendbund erklärt Graf Pückler, der Vorsitzende der „Christlichen Gemeinschaft St. Michael", folgendes: Es ist unwahr, daß ein Jugendbund der Gemeinschaft ein „Deckmantel für gewisse, der Polizei bekannte homosexuelle Elemente" gewesen ist. Ja, es ist sogar unwahr, daß ein sogenannter „Jugendbund", welcher eine ganz bestimmte Eigenart der Arbeit an der Jugend bedeutet, unter uns überhaupt bestanden hat. Das einzig Wahre an den Behauptungen besteht darin, daß allerdings ein früheres Mitglied unserer Jugendabteilung vor etwa ¾ Jahren Veranlassung zu einem Einschreiten von Vorstands wegen dadurch gab, daß er eine Freundschaft mit einem Gymnasiasten unterhielt, die von anderen, namentlich aber von seiner Frau, als zu weitgehend angesehen wurde. Wir haben den Fall sofort, als er zu unserer Kenntnis gelangte, gründlich untersucht; und wenn wir auch ein sittliches Vergehen damals nicht feststellen konnten, so hatte doch dieses Einschreiten den Erfolg, daß das betreffende Mitglied und auch der in Rede stehende Gymnasiast unseren Verein alsbald verließen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Generalintendant v. Hülsen erläßt folgende Erklärung: Herr Direktor Neumann in Prag hat in einer längeren Zuschrift an das „B. T." abfällig kritisiert, daß Mitglieder seiner Bühne direkte Vertragsanerbieten durch mich erhalten haben. Die Ueberschreitung des genannten Artikels, ebenso wie die Berufung auf meinen verstorbenen Vater und Vorgänger lassen zugleich keinen Zweifel daran, daß Herr Neumann seinen Angriff auch gegen den Präsidenten des Deutschen Bühnenvereins richtet. Wie wenig ich persönlich geneigt bin, gerade Herrn Neumann als Richter der Korrektheit meiner Handlung anzuerkennen, um so gebotener erscheint es mir, der Auffassung und den Auslassungen dieses Herrn amtlich entgegenzutreten, um ihn zugleich über seine rechtliche Stellung zum Deutschen Bühnenverein prinzipiell aufzuklären. Ich werde demgemäß den Fall Neumann in der nächsten Tagung des Deutschen Bühnenvereins also der zuständigen Stelle in der weitesten Oeffentlichkeit zur Sprache bringen.

München. (Priv.-Tel.) Der Vorstand des Bayrischen Städtetages hat in einer Sitzung in Augsburg beschlossen, eine Petition gegen die geplante Gas- und Elektrizitätssteuer an den Bundesrat und eine Abschrift davon an die bayrische Regierung zu senden.

Wien. In den Städten Brüx, Leitmeritz und Haida bei Böhmisch-Leipa fanden gestern Umzüge der Deutschnationalen als Kundgebung der Prager Vorfälle statt, ohne daß es zu ernsten Zusammenstößen kam.

Prag. (Priv.-Tel.) Heute nacht wurde in Trebnitz das auf dem Friedhofe befindliche Grabdenkmal für die im Jahre 1866 dort gefallenen preußischen Soldaten von Tschechen zum zweiten Male zerstört. Der heutige Studentenbummel auf dem Graben verlief in voller Ruhe.

Budapest. (Priv.-Tel.) In der Angelegenheit der ungarischen Wahlreformvorlage ist eine günstige Wendung eingetreten. Der Entwurf des Grafen Andrassy hat die Vorsanktion der Krone erhalten.

Haag. Das Gerücht, die niederländische Regierung habe die Blockade der venezolanischen Häfen angeordnet, wird von zuständiger Stelle ausdrücklich für unrichtig erklärt. Eine solche Demonstration zur See ist wohl vorbereitet, aber nicht ausgeführt. Bevor die niederländische Regierung auf ihre zweite Note nicht den offiziellen Text der Antwortnote des Präsidenten Castro erhält, wird sie keinen entscheidenden Schritt tun.

London. Die Meldung, der Gesetzgebende Rat in Kairo habe eine Adresse an den Khedive gerichtet, in der eine Verfassung für Aegypten verlangt wird, ist, einer Erklärung des Reuterschen Bureaus zufolge, vollkommen unwahr.

Petersburg. Die Reichsduma beschäftigte sich heute mit kleinen Vorlagen und beschloß, in der nächsten Sitzung, am 5. November, die Verhandlungen über die Agrargesetze zu beginnen.

Tanger. (Priv.-Tel.) In Casablanca lärmte ein betrunkener Fremdenlegionär vor dem deutschen Konsulat. Er warf die Fenster ein, beschädigte den deutschen Postbriefkasten und versuchte in das Haus einzudringen. Er wurde auf Befehl des gerade vorbeireitenden Generals Drumade verhaftet. Die Legionäre sind erbittert, daß ihre desertierten Kameraden von ihrer Heimatbehörde im Stich gelassen wurden.

Hongkong. Bei Ausschreitungen des Pöbels, die sich gegen japanische Läden richteten und bei denen englische Polizei eingreifen mußte, wurde am Sonntag der Führer der englischen Polizeitruppe von der Menge angegriffen. Mehrere indische Polizisten wurden verwundet. Die Zahl der Verhaftungen beträgt 250.

(Nachts etwa eingehende Depeschen siehe Seite 4.)

Trautenau, 2. Nov. (Priv.-Tel.) In Uebereinstimmung mit den deutschen Flachsspinnern beschlossen auch die vereinigten österreichischen Flachsspinnereien, die bisherigen Betriebsreduktionen von 15 % bis zum Schluß des Jahres aufrechtzuerhalten.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 199.10 Diskonto 177,25. Dresdner Bank 148,60. Staatsbahn 147,65. Lombarden 22,50. Laurahütte —,—. Ungar. Gold —,—. Portugiesen —. Türkenlose —,—. Still.

London. (Mittelmarkt.) Ausländischer Weizen träge, 3 d niedriger, englischer Weizen ruhig aber stetig. Amerikanischer Mais 1 s in Angebot. Donauer Mais ruhig. Amerikanisches und englisches Mehl stetig. Gerste stetig. Hafer fest.

SLUB
Wir führen Wissen.